

A stylized map of the United States composed of a grid of dots. Most dots are light gray, but several are colored red, including one in the upper left, one in the center, one in the lower left, and one in the lower right.

Die Krise der amerikanischen Demokratie und die Tea-Party-Bewegung

THOMAS GREVEN
Oktober 2011

- n Die Tea Party ist eine authentische Grassroots-Bewegung, die allerdings von Mobilisierungsversuchen konservativer Interessengruppen und Medien profitiert. Im Kontext einer tiefgreifenden Vertrauenskrise der amerikanischen Bevölkerung gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Eliten ist es der vage Tonfall von »Revolution« gegen das politische Establishment, der den Erfolg der Tea Party erklärt.
- n Die Tea-Party-Bewegung hat keine konsistente Ideologie, doch zahlreiche Äußerungen rücken sie in die Nähe des »paranoiden« Elements in der amerikanischen Politik. Ihr Ruf »Wir wollen unser Land zurück!« enthält eine Unterscheidung zwischen »richtigen« Amerikanern und anderen.
- n Die von der Tea-Party-Bewegung instrumentalisierte »weiße Angst« davor, dass ihnen »das Land weggenommen wird«, wird durch einen demografischen Trend befeuert, der die Weißen zu einer von vielen Minderheiten im Land macht. Die Republikanische Partei droht dabei vollständig zur »Partei der Weißen« zu werden.



Zusammenfassung

Die dramatische Haushaltskrise der USA konnte am 2. August 2011 im letzten Moment noch abgewendet werden. Durch einen Kompromiss zwischen Präsident Obama und den Republikanern im Kongress gelang es gerade noch rechtzeitig, die gesetzliche Schuldenobergrenze anzuheben, so dass die USA weder zahlungsunfähig wurde noch Renten und Gehälter nicht länger zahlen konnte. Für die Folgen einer solchen Entwicklung wäre die Tea-Party-Bewegung zumindest mittelbar verantwortlich gewesen. Nicht nur waren viele der Wortführer der wochenlangen Obstruktion Abgeordnete, die im Wahlkampf von der Tea Party unterstützt wurden. Hauptgrund für die lange währende absolute Kompromisslosigkeit der republikanischen Mehrheitsfraktion im US-Repräsentantenhaus war überdies die Befürchtung vieler weiterer Abgeordneter, im Vorwahlkampf 2012 von Kandidaten der Tea-Party-Bewegung herausgefordert zu werden, wenn sie gegen das ideologische Reinheitsgebot verstoßen würden, mit Obama nicht zusammenzuarbeiten (Dowd 2011).

Die Tea-Party-Abgeordneten waren, anders als ihre eigene Parteiführung um Speaker John Boehner, bereit, es auch zur Zahlungsunfähigkeit der USA kommen zu lassen. Nach Auffassung vieler Beobachter kann diese Kompromisslosigkeit nur als Erpressung der eigenen Fraktionsführung, des verhandlungsschwachen Präsidenten und letztlich der gesamten USA gewertet werden, deren Kreditwürdigkeit und Glaubwürdigkeit auf dem Spiel standen. Hier ging es nicht mehr um geschickte »Brinkmanship«, sondern um einen »Krieg gegen Amerika« (Nocera 2011). Und nach dem Kompromiss, der einer fast vollständigen Kapitulation Obamas gleichkommt – er erreichte wenig mehr als die Erhöhung der Schuldenobergrenze –, verkündeten einige Vertreter der Tea Party sofort, dass die geplanten Kürzungen nicht ausreichten (ebd.).

Die Auseinandersetzung ist mit dem Kompromiss über Haushaltskürzungen und die Einsetzung einer paritätisch besetzten Kommission zur Identifizierung weiterer Einsparmöglichkeiten also nicht beendet, denn es geht der Tea-Party-Bewegung und auch der Mehrheit der Republikaner in Repräsentantenhaus und Senat grundsätzlich um die Rolle des Staates in Gesellschaft und Wirtschaft, und zwar insbesondere um die Rolle der Bundesregierung (Rasmus 2011). Die Republikaner verweigern jegliche Einnahmeerhöhungen, selbst die Schließung von

Steuerschulpflöchern ist umstritten. Diese Verpflichtung fast aller Republikaner im Kongress, niemals Steuern zu erhöhen, ist der größte Erfolg des republikanischen Strategen Grover Norquist von Americans for Tax Reform, der für den Ausspruch berühmt wurde, dass er die Regierung so verkleinern wolle, dass man sie in der Badewanne ertränken könnte.

Es ist zu erwarten, dass Obama auch die kommenden Auseinandersetzungen verlieren wird, denn er hat keinen Weg gefunden, sich der Erpressungsbereitschaft der Abgeordneten, die der Tea Party nahestehen, zu entziehen. Was hat es mit der Tea Party auf sich, wie kann eine nicht zentral organisierte Bewegung, deren Ansichten zwischen elf und 20 Prozent der Bevölkerung teilen und die erst im Jahr 2009 entstanden ist, eine solche Machtfülle erreichen?¹ Während die Amerikaner sich auf den Wahlkampf 2012 vorbereiten, steckt das Land in der größten Krise seit der Great Depression. Der amerikanische Optimismus ist verschwunden angesichts von Massenarbeitslosigkeit, einer verfallenden Infrastruktur und völlig blockierter politischer Institutionen. Welche Rolle spielt die Tea-Party-Bewegung in dieser Krise der amerikanischen Demokratie und Gesellschaft?

1. Brown 2011; Umfrage der New York Times/CBS News, April 2010.



1. Einleitung

Die Beantwortung der Frage nach der Bedeutung der Tea-Party-Bewegung für die amerikanische Demokratie soll in drei Schritten erfolgen. Die folgende Analyse klärt erstens die Entstehungsgeschichte der Tea-Party-Bewegung und setzt sich mit der Frage auseinander, ob sie ein künstliches oder authentisches Phänomen ist, das heißt, ob sie überhaupt die Bezeichnung »Bewegung« verdient. Die progressiven Medien reagierten auf das Entstehen der Tea Party nämlich mit dem Vorwurf, es steckten schwerreiche konservative Geschäftsleute und marktilibertäre Stiftungen hinter den zunächst verstreuten Protestaktionen gegen die legislative Agenda der Obama-Regierung (Abramowitz 2010: 1; Waldman 2010; Weigel 2010).² Später wurde dies um eine Kritik an konservativen Medien ergänzt, insbesondere Glenn Beck von Fox News wurde als Agitator ausgemacht, der das Phänomen der Tea Party weniger kommentierte als vielmehr selbst mitkreierte (Abramowitz 2010: 1; Bedard 2010).

Die Analyse legt zweitens dar, wie die Tea-Party-Bewegung analytisch gefasst werden kann. Da sie eher authentisch als künstlich ist, so das Ergebnis der ersten Erörterung, könnte man sie mit de Tocqueville als freiwilligen Zusammenschluss von politisch aktiven Bürgern betrachten, als im besten Sinne typisch amerikanisches politisches Engagement, entweder als parteiinterne Basisbewegung oder gar jenseits etablierter Parteipolitik stehend. Zahlreiche Äußerungen von Tea-Party-Aktivist*innen rücken die Bewegung aber eher in die Nähe des politischen Extremismus beziehungsweise legen pathologische Befunde nahe. Wer zum Beispiel die Hysterie um den Geburtsort von Präsident Barack Obama oder die absurden Vorwürfe verfolgt hat, im Zuge seiner Gesundheitsreform würden staatliche *death panels* eingerichtet, die darüber entscheiden, wem im Alter noch gesundheitliche Fürsorge zu Teil wird, kommt an Richard Hofstadters Beobachtung vom »paranoid style« der amerikanischen Politik nicht vorbei (1964). In einem Artikel in *Foreign Affairs* denkt Walter Russell Mead gewissermaßen die beiden ersten Deutungen zusammen und sieht die Tea-Party-Bewegung

als aktuelle Ausprägung des »Jacksonian Populism«, mit dem immer zu rechnen ist: »Jacksonianism ist immer eine wichtige Kraft in der amerikanischen Politik; in Zeiten von sozialer und ökonomischer Belastung und Veränderung, wie gegenwärtig, steigt seine Bedeutung gewöhnlich.«³ (Mead 2011: 31)

Drittens soll die Bedeutung der Tea-Party-Bewegung zugespitzt diskutiert werden im Hinblick auf die Frage, ob sie für die amerikanische Demokratie auch jenseits der derzeitigen Haushaltskrise eine Gefahr darstellt, die über eine immer wieder in neuen Formen auftretende populistische Herausforderung wechselnder Eliten hinausgeht.

2. »Hier gibt es keinen *astroturf*« – zur Entstehung der Tea-Party-Bewegung

Bereits im Februar 2009, keinen Monat nach Barack Obamas Amtsantritt, kam es zu Protesten gegen sein Konjunkturprogramm und gegen Pläne, Hausbesitzern zu helfen, die ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten.⁴ Am 19. Februar 2009 griff der Finanzreporter Rick Santelli vom Fernsehsender CNBC diese Proteste wie folgt auf: »Die Regierung unterstützt schlechtes Verhalten (...) Wie viele von Ihnen wollen für die Hypothek Ihres Nachbarn bezahlen (...)? Wir überlegen, im Juli in Chicago eine Tea Party zu veranstalten.« Mit dem Schlachtruf einer »Tea Party« bezog sich Santelli auf die Boston Tea Party von 1773, das heißt auf die Proteste gegen eine Besteuerung durch die britische Krone ohne Mitsprache der amerikanischen Kolonisten. Die Bezeichnung »Tea Party« spielte später sogar in doppelter Hinsicht auf die historischen Ereignisse an, denn »TEA« steht oft für »Taxed enough already« (Wir zahlen schon genug Steuern).⁵ Zwar ging es 2009 zunächst nicht um Steuern, auch konnte keine Rede davon sein, dass es einen

3. Die folgende Chronologie folgt der Zeitleiste in Williamson et al. 2011 (37f) und Beobachtungen ebd. und bei Altegör/Thimm 2010.

4. Die Tea-Party-Bewegung bezieht sich damit auf einen Gründungsmythos der USA, der besagt, dass ihr Ursprung in einer Steuerrebellion lag. Lepore (2010) hat gezeigt, dass das Geschichtsbild der Vertreter und Anhänger der Tea Party verzerrt ist. Die Steuerlast war damals ebenso wenig erdrückend wie sie das heute ist.

5. Vgl. die Titel der Literatur der Bewegung selbst sowie journalistische Titel: A New American Tea Party: The Counterrevolution Against Bailouts, Handouts, Reckless Spending, and More Taxes (John O'Hara); Give Us Liberty: A Tea Party Manifesto (Dick Arney); Boiling Mad: Inside Tea Party America (Kate Zernike); Mad As Hell: How the Tea Party Movement Is Fundamentally Remaking Our Two-Party System (Scott Rasmussen/Doug Schoen); Tea Party Revival: The Conscience of a Conservative Reborn: The Tea Party Revolt Against Unconstrained Spending and Growth of the Federal Government (Dr. [sic!] D. Leland Baker); The Tea Party Manifesto

2. Ich verwende den Begriff »progressiv« statt des vielfach üblichen »liberal«, erstens, weil »liberal« im deutschen politischen Sprachgebrauch eine völlig andere Bedeutung hat als im amerikanischen, zweitens, weil selbst die Verwendung von »liberal« mit dem Zusatz »im amerikanischen Sinn« verschweigt, dass die Vokabel im amerikanischen politischen Diskurs oft in polemischer Absicht verwendet wird, nämlich um den so Bezeichneten als links im Sinne eines westeuropäischen oder gar historischen Sozialismus anzugreifen. So verstanden und verstehen sich die amerikanischen »liberals« aber jenseits von einer Minderheit nicht.



Mangel an Mitsprache gegeben hätte – die Republikaner hatten schlicht eine Wahl verloren. Aber die Tirade zeigte deren Furcht vor einer größeren Rolle der Bundesregierung und enthielt unterschwellig eine Komponente von *race politics*. Mit den genannten Nachbarn waren vor allem schwarze Amerikaner und Latinos gemeint – ein Vorgriff auf die große Angst der Tea-Party-Bewegung, ihr Land verloren zu haben. »Wir wollen unser Land zurück«, hieß dann auch bald einer der Schlachtrufe der angeblich Entrechteten.

Schon Ende Februar, nachdem Santellis Ausbruch in den Medien die Runde gemacht hatte und auch schon vom Pressesprecher des Weißen Hauses kommentiert worden war, gab es die ersten Tea-Party-Proteste in dutzenden Städten. Am 15. April 2009, dem Fälligkeitstag der Steuern, konnten schon Hunderte solcher Proteste verzeichnet werden, mittlerweile wird die Zahl der Beteiligten auf mehrere Hunderttausend geschätzt. Die Dachorganisationen Tea Party Nation und Tea Party Patriots wurden im April beziehungsweise Juni 2009 offiziell registriert. Als im August 2009 die Auseinandersetzung um die Gesundheitsreform in ihre heiße Phase ging, begannen die Organisationen Americans for Prosperity und FreedomWorks, die von konservativen und libertären Einzelpersonen wie den Milliardären Charles und David Koch sowie von Stiftungen unterstützt werden, hinter den Kulissen ihre Arbeit (Mayer 2010). Sie organisierten die Proteste bei Town Hall Meetings von Abgeordneten und Senatoren, die dadurch bei ihren Aufenthalten in den Wahlkreisen zum ersten Mal die Entschlossenheit der Opposition gegen Obamas Agenda spürten. Da auch die Bustour »Tea Party Express« von einer konservativen Organisation (nämlich Our Country Deserves Better) veranstaltet wurde, entstand bei Demokraten und Medienbeobachtern der Eindruck einer fremdgesteuerten, künstlichen Bewegung, die mehr *astroturf* (Kunstrasen) als *grassroots* (Graswurzeln) zu gleichen schien.

Dieser Eindruck einer durch Hintermänner orchestrierten Bewegung verstärkte sich durch den Taxpayers' March on Washington am 12. September 2009, der von FreedomWorks, den Tea Party Patriots und dem 9/12 Project von Glenn Beck (Fox News) organisiert wurde. Schätzungen zufolge betrug die Teilnehmerzahl zwischen 60 000 und einer Million; weitere beteiligte Organisationen waren

Tea Party Express, ResistNet (Grassfire.org) und Tea Party Nation, aber auch etablierte Lobbyorganisationen wie der Club for Growth, die Americans for Tax Reform und die National Taxpayers Union (Burghart/Zeskind 2010: 21). Bei zahlreichen überall im Land zeitgleich stattfindenden Protesten verwahrten sich die Tea-Party-Anhänger allerdings gegen den Vorwurf, gesteuert zu sein. Auf Transparenten hieß es: »Hier gibt es keinen *astroturf*«. Der Sieg des von der Tea Party unterstützten Republikaners Scott Brown bei der Wahl des Nachfolgers für den verstorbenen Senator Edward Kennedy im Demokratischen Massachusetts machte aber deutlich, dass immer beide Elemente vorhanden sind: genuiner Protest von unten sowie Einflussnahme und Beteiligung durch bereits existierende republikanische Organisationen. Die Vielfalt der Bewegung wird auch bei der Tea Party Convention im Februar 2010 deutlich wie auch bei den Protesten gegen die Verabschiedung der Gesundheitsreform am 20. März. An diesem Tag zeigt sich auch der Rassismus in Teilen der Tea-Party-Bewegung: Afroamerikanische Abgeordnete werden angegriffen und beschimpft. Auch wenn die Bewegung sich in der Folge meist schnell von ihren Extremisten distanziert, bleibt der Eindruck einer nur mit Mühe unter Kontrolle gehaltenen »weißen« Wut.

Die soziodemografischen Merkmale der Tea-Party-Anhänger bestätigen jedenfalls, dass es sich um ein fast ausschließlich weißes Phänomen handelt. Anhänger der Tea-Party-Bewegung sind zu 80 bis 90 Prozent weiß, zu 55 bis 60 Prozent männlich, zu 70 bis 75 Prozent älter als 45 (Williamson et al. 2011: 27) und verheiratet. Daher ist es wenig überraschend, dass diese Gruppe etwas wohlhabender ist als der amerikanische Durchschnitt. Die große Mehrheit sind konservative Republikaner (62 Prozent lt. Gallup), von denen viele schon in der Vergangenheit politisch aktiv waren (Williamson et al. 2011: 27). Zunächst hatten viele Beobachter einen großen Anteil unabhängiger Wähler unter den Tea-Party-Anhängern vermutet, hatten dabei aber wie so oft die sogenannten *leaners* übersehen, die sich in einer ersten Befragung als Republikaner bezeichnet hatten.

Die Anhänger der Tea Party sind fiskalisch konservativ und glauben, dass die Bundesregierung ihre verfassungsmäßigen Kompetenzen überschreitet. Sie sind also zu unterscheiden von den kirchlichen (evangelikalen) Netzwerken, die in den letzten Jahren für die Mobilisierung Republikanischer Wähler so wichtig waren. Viele Unterstützer der Tea Party sind zwar ebenfalls sozialkon-

(Joseph Farah); The Tea Party Goes to Washington (Rand Paul); Tea Party, The Awakening (Brent Morehouse).



servativ, aber Wirtschaftsfragen sind ihnen in der Regel wichtiger. Konservative Einstellungen rechts vom Mittel der Republikaner und die Ablehnung von Präsident Obama sind die besten Indikatoren für eine Unterstützung der Tea Party (Abramowitz 2010).

Nach einer weiteren Bustour des Tea Party Express im März 2010 und erneuten Protesten am Tax Day etablierte sich die Tea-Party-Bewegung mehr und mehr als ein Faktor in innerparteilichen Auseinandersetzungen der Republikaner. Tea-Party-Aktivist*innen beeinflussten die Kandidatenaufstellung vielerorts, wenn ihnen die amtierenden Kandidaten als zu moderat erschienen. Kandidaten wie Rand Paul, der den Civil Rights Act ablehnt, und Sharron Angle, die Social Security privatisieren will, gewannen in den Vorwahlen. Im Juli gründete sich im US-Repräsentantenhaus der Tea Party Caucus, dem nur Republikaner angehörten. Im August veranstalteten Sarah Palin, ehemalige Gouverneurin von Alaska, Republikanische Kandidatin für das Amt der Vizepräsidentin im Jahr 2008 und eine Galionsfigur der Tea-Party-Bewegung, und Glenn Beck von Fox News eine Demonstration am Lincoln Memorial in Washington, DC, genau am Jahrestag von Martin Luther Kings »I have a dream«-Rede. Bereits im September gab es eine weitere Demonstration in Washington, den unter anderem von FreedomWorks und den Tea Party Patriots veranstalteten Taxpayer March on Washington. Bei den Wahlen zum US-Kongress gewannen zwar nur 39 von 129 Kandidaten, die von der Tea-Party-Bewegung unterstützt wurden, Sitze im Repräsentantenhaus, aber weitere Abgeordnete schlossen sich dem Tea Party Caucus an. Fünf von neun Kandidaten der Tea Party wurden in den Senat gewählt, darunter Rand Paul. Allerdings schaden konservative Tea-Party-Kandidaten der GOP in anderen, weniger konservativen Wahlkreisen. Christine O'Donnell verlor in Delaware gar, weil sie sich gegen den Vorwurf, einmal eine Hexe gewesen zu sein, zur Wehr setzen musste. Die Tea-Party-Bewegung ist ein riskanter Partner für die Grand Old Party, auch weil sie im Kongress wenig Loyalität zur Partei zeigt (Williamson et al. 2011: 36; vgl. auch Courser 2010; Cohen 2010).

Die Wahlniederlage der Demokraten wird oft durch die Unbeliebtheit der Gesundheitsreform erklärt (Brady et al. 2011), welche die unabhängigen Wähler auf die Seite der Republikaner gebracht haben, weil sie davon überzeugt werden konnten, dass die Bundesregierung tatsächlich zu viel ausgibt. Dies kann in konservativen Demokratischen Wahlkreisen auch gezeigt werden, aber insgesamt

haben die Wähler wohl vor allem auf die schlechte Wirtschaftslage reagiert. Vier von zehn Wählern gaben an, die Tea-Party-Bewegung ganz oder teilweise zu unterstützen (ebd.). Weder Demokraten noch Establishment-Republikaner können sie seither unterschätzen. Angesichts eines unklaren Mandats und der mangelnden Bereitschaft für Kompromisse stellen sie auch eine Herausforderung für die Führung der Republikaner im Kongress dar. Zwei Tage nach der Wahl 2010 versuchte Michele Bachmann, Vorsitzende des Tea Party Caucus, dem inzwischen 60 Republikaner angehörten, die viertranghöchste Position der Republikaner im Repräsentantenhaus zu erlangen. Doch zog sie ihre Kandidatur zurück, als ihr die mangelnde Unterstützung klar wurde. Auch die von den Tea Party Patriots unterstützte Kandidatur von Jack Kingston (Georgia) für den Vorsitz des mächtigen House Appropriations Committee scheiterte.

Außerhalb des Kongresses ist die Tea Party ein Sammelsurium verschiedenster Gruppierungen, teils straff organisierte, teils lose Netzwerke. Eine Kontrolle durch das Establishment der Republikaner besteht nicht und auch die diversen nationalen Organisationen sind bisher nicht hierarchisch strukturiert (O'Rourke 2010). Sechs Organisationen sind besonders wichtig: die mit Dick Armeys FreedomWorks verbundenen Tea Party Patriots, 1776 Tea Party, Tea Party Nation, ResistNet und Tea Party Express (ein Projekt des Republikanischen Political Action Committees »Our Country Deserves Better«). Daneben bestehen wichtige andere Organisationen, die Beziehungen zur Bewegung haben: Americans for Prosperity, Newt Gingrichs American Solutions for Winning the Future und American Liberty Alliance. Letztere ist, wie auch die traditionellen wirtschaftsfreundlichen Think Tanks Heritage Foundation und Cato Institute, durch die Koch-Brüder finanziert. Unklar bleibt, ob den Grassroots-Aktivist*innen der Tea Party diese Verbindungen bewusst sind (Williamson et al. 2011: 29). Basisarbeit wird von vielleicht einigen hundert aktiven Gruppen geleistet, von denen nur wenige mehr als fünfhundert Mitglieder haben (ebd.: 27). Diese Gruppen bilden ihre Identität weitgehend unabhängig von den Großorganisationen und Think Tanks und das stärkt das Phänomen »Tea Party«. Am Beispiel der Greater Boston Tea Party zeigen Williamson et al. (ebd.: 31), dass erfahrene, zuvor politisch aktive Republikaner für die Entstehung und Mobilisierung zentral waren und sind.



Die Tea-Party-Bewegung wird auch in den Präsidentschaftswahlkampf 2012 eingreifen. Michele Bachmann, ein »Darling« der Bewegung, kehrte im Juni 2011 an ihren Geburtsort Waterloo, Iowa, zurück, um zum wiederholten Mal ihre Kandidatur für das Präsidentenamt zu verkünden. Sie machte sich allerdings gleich mehrfach durch Fehltritte und Peinlichkeiten zum Gespött vieler Beobachter. Dies schadete Bachmann allerdings genauso wenig wie ein ähnlicher Fauxpas ihrer möglichen Konkurrentin im Republikanischen Vorwahlkampf, Sarah Palin, zu deren Nachteil wurde. Im Gegenteil, das schon während der Präsidentschaft von George W. Bush deutlich spürbare anti-intellektuelle Ressentiment in weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung führte vielmehr dazu, dass diejenigen, die auf die Fehler hinwiesen, als elitär beschimpft wurden. »Richtige Amerikaner« brauchten keine Bücher, sie brauchen nicht zu recherchieren, denn sie wüssten aus dem Bauch heraus, was richtig und wichtig sei.

Es ist dieser vage Tonfall von »Revolution« gegen das politische Establishment, der angesichts einer pessimistischen, verunsicherten und zukunftsängstlichen Bevölkerung den Erfolg der Tea Party erklärt. Sie reagierte auf die Krisenstimmung im Land und hat daher, trotz verschwommener Programmatik, »Befürwortern des freien Marktes und konservativen Medien erlaubt, Grassroots-Konservative zu mobilisieren und eine progressive politische Agenda zu blockieren«. (Williamson et al. 2011: 35)

Bestehende konservative Organisationen und Eliten haben eine Rolle bei dem Erfolg der Tea Party gespielt, ohne Zweifel. Insbesondere die konservativen Medien haben zur Förderung der Marke »Tea Party« beigetragen (ebd.: 28). Die Identitätsbildung der Unterstützer erfolgte durch Fox News, Talk Radio und die konservative Blogosphäre: 63 Prozent der Tea-Party-Unterstützer sehen Fox News, verglichen mit 11 Prozent der Gesamtbevölkerung. Fox News hat über das Tea-Party-Phänomen viel stärker berichtet als andere Medien und hat explizit mobilisiert. Tatsächlich waren einige Fox-Sendungen identitätsstiftend für die Tea Party, insbesondere die von Glenn Beck. Sean Hannity, Greta Van Susteren und Neil Cavuto haben ihre Shows von Tea Party-Veranstaltungen aus gesendet (Williamson et al. 2011: 29 f.) kommen zu dem Ergebnis, dass Fox News eine »Social Movement Organization« ist, welche die Infrastruktur für kollektive Aktion und Identifikation bereitstellt. Aber wo eine Bewegungsorganisation, da ist auch eine Bewegung.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Tea-Party-Bewegung eine authentische Grassroots-Bewegung ist, ohne die die Mobilisierungsversuche von Interessengruppen und Medien erfolglos hätten bleiben müssen (Abramowitz 2010: 1). Die Bewegung ist aber weniger groß als von vielen angenommen und insbesondere als von interessierten Medien dargestellt (Williamson et al. 2011).

3. Überlegungen zur Analyse der Tea-Party-Bewegung

Wie kann die Tea-Party-Bewegung analytisch am besten gefasst werden? Sie ist, wie wir festgestellt haben, eine eher authentische als künstliche Grassroots-Bewegung. Kann man sie also mit de Tocqueville als freiwilligen Zusammenschluss von politisch aktiven Bürgern betrachten, als im besten Sinne typisch amerikanisches politisches Engagement?

Eine solche Einordnung der Tea-Party-Bewegung als bürgerlichen Voluntarismus ist nicht falsch, da sich die deutliche Mobilisierung und Erneuerung der konservativen Basis im Kontext einer tiefgreifenden Vertrauenskrise der amerikanischen Bevölkerung gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Eliten vollzieht (»spiritual crisis« nach Dionne 2010 oder »Systemkrise« nach Bungarten 2011). Der Kontrast ist besonders groß, wenn man die Tea-Party-Aktivisten mit den Basisorganisationen der Demokraten und des Präsidenten (Organizing for America) vergleicht. Doch der Eindruck, dass die Tea-Party-Bewegung die einzige oder auch nur die größte Ansammlung politisch aktiver Bürger sei, trügt. Die Proteste gegen den Angriff auf die Vereinigungsfreiheit von öffentlichen Beschäftigten, insbesondere in Wisconsin, hatten teilweise eine höhere Beteiligung als Tea-Party-Veranstaltungen. Die Tea-Party-Bewegung ist jedoch schriller, hat medientauglichere Sprecher, vor allem aber trifft sie aus Sicht der Medien den Zeitgeist, die Stimmung des Protests gegen den Staat und vor allem die Bundesregierung im Kontext einer fundamentalen Krise von Wirtschaft und Gesellschaft. Wiederum betrifft dies nicht nur die konservativen Medien, wiewohl diese teilweise als »echo chamber« für die Botschaften der Tea Party fungieren (Williamson et al. 2011), sondern auch die Mainstream-Medien. Da mag Sarah Palin diese noch so oft als »lamestream« beschimpfen; kaum treten Palin, Bachmann oder Beck irgendwo in Erscheinung, ist ihnen größte Medienaufmerksamkeit gewiss.



Auch weitere Besonderheiten des Tea-Party-Phänomens legen eine andere Lesart nahe. Zahlreiche Äußerungen von Tea-Party-Aktivist*innen rücken die Bewegung in die Nähe des politischen Extremismus oder des Verfolgungswahns. Die Hysterie um den Geburtsort von Präsident Barack Obama, seine angebliche sozialistische oder gar faschistische Agenda, oder die absurden Vorwürfe, im Zuge der Gesundheitsreform würden staatliche »death panels« eingerichtet, die darüber entscheiden, wem im Alter noch gesundheitliche Fürsorge zu Teil wird, deuten auf verschwörungstheoretische Ursprünge der fundamentalen Kritik der Tea Party an der Bundesregierung hin sowie auch auf rassistische und einwanderungsfeindliche Beweggründe. Hier kommt man an Richard Hofstadters (1964) Beobachtung eines paranoiden Elements in der amerikanischen Politik nicht vorbei. Dabei ist es nur eine Fußnote der Geschichte, dass die Brüder Koch die Söhne von Fred Koch sind, einem Gründungsmitglied der scharf antikommunistischen John Birch Society, welche Hofstadter im Visier hatte (Williamson et al. 2011: 29).

Betrachtet man einige Elemente der politischen Agenden verschiedener Tea-Party-Gruppierungen oder Vertreter, liegt eine Interpretation im Sinne Hofstadters (»paranoid style«) durchaus nahe. Die Tea Party hat dabei keine konsistente Ideologie, sondern eher eine »attitude«, die Einstellung, gegen die Regierung zu sein (O'Rourke 2010, ähnlich Harris 2010: 3 f.: »Don't tread on me!« (Tritt nicht auf mich!)), ist eine Warnung, kein Programm). Die radikaleren politischen Ideen aus den Reihen der Tea Party sind vereinfachend, wenig komplex und veraltet: Forderungen nach Wiedereinführung des Goldstandards, der Abschaffung von Social Security (ebd.), der Abschaffung auch des Bundeserziehungsministeriums, Streichung des 14. Verfassungszusatzes, welcher unter anderem den gleichrangigen Schutz aller Bürger vor dem Gesetz garantiert (Cohen 2010), Streichung der Erbschaftssteuer, dauerhafte Steuersenkungen für hohe Einkommen (die von George W. Bush durchgesetzten Senkungen für Jahreseinkommen über 250 000 Dollar) oder Ersetzung der progressiven Einkommenssteuer mit einer *flat tax* oder einer nationalen Verkaufssteuer. Von manchen wird gar die Abschaffung des Internal Revenue Service, der Steuerbehörde, verlangt. Vertreter der Tea Party würden Kritik an diesen Vorschlägen wie auch am von vielen verlangten Balanced Budget Amendment (Verfassungszusatz über ausgeglichene Haushalte) und der Ablehnung der Finanzmarktregulierung und der *cap-and-trade*-Überlegungen für Emissionen als elitär bezeichnen und zurückweisen.

Für sie ergeben sich die Vorschläge aus einer strikten Interpretation der US-Verfassung, welche aus ihrer Sicht die Rolle der Bundesregierung stark beschränkt.

Noch stärker für eine Interpretation im Sinne Hofstadters sprechen die zahlreichen Berührungspunkte der Tea-Party-Bewegung mit rassistischen, antisemitischen und *white supremacy*-Gruppierungen (Berlet 2010). Zwar distanzieren sich Vertreter der Tea-Party-Bewegung stets schnell von entsprechenden Stellungnahmen oder Angriffen, aber eine kleine Gruppierung konservativer Amerikaner ist gefestigt in verschwörungstheoretischen, apokalyptischen Überzeugungen, und es sind diese Überzeugungen, die zu absurden Aussagen wie »Obama ist Hitler (oder Stalin)«, »die Gesundheitsreform wird meine Großeltern umbringen« und »Obama ist kein Amerikaner, sondern Muslim« führen (ebd.).

Jenseits dieser besorgniserregenden Beobachtungen ist aber vor allem wichtig, dass Hofstadter seine Beobachtung vom »paranoid style« der amerikanischen Politik im Kontext der erfolglosen Kandidatur Barry Goldwaters vorgestellt hat, des Urvaters der konservativen Versuche, die New-Deal-Hegemonie zu brechen (vgl. auch McGrath 2010). Republikanischer Präsident wurde etwas später Richard Nixon, manchmal als letzter Keynesianer im Weißen Haus angesehen, aber keiner, der den New Deal herausforderte. Nixon machte sich erfolgreich etwas zunutze, was bei Goldwater noch scheiterte: Mit seiner »Southern Strategy« vermochte er die von den Bürgerrechtsreformen der Demokratischen Präsidenten Kennedy und Johnson enttäuschten weißen Südstaatler erstmals für die Republikaner zu mobilisieren. Mit Ronald Reagan kam zum ersten Mal seit dem New Deal ein Präsident ins Amt, der gezielt Institutionen des New Deal und der Great Society angreifen wollte. Er erweiterte die »Südstaatenstrategie« Nixons um eine Ansprache der weißen Vorstadtbevölkerung und es gelang ihm, diese sogenannten Reagan Democrats mittels codierter oder offener Kritik an der angeblichen afroamerikanischen Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat zu gewinnen. Die Tea-Party-Bewegung steht genau in dieser Tradition, so argumentieren zahlreiche Autoren.

Zum einen enthalten die nationalistischen Parolen der Tea Party (»Wir wollen unser Land zurück!«) eine Unterscheidung zwischen »richtigen« Amerikanern und anderen (Burghart/Zeskind 2010; Walker 2011). In einem Newsletter der Tea Party Nation hieß es zum Beispiel



»Richtige Amerikaner haben Arizona nicht verklagt.«, womit Bezug auf die Anfechtung des scharfen Anti-Immigrationsgesetzes in Arizona genommen wurde. Es war und ist in diesen Kreisen undenkbar, dass ein Schwarzer Präsident ist. »Er ist ihnen nicht amerikanisch genug«, so die Kolumnistin Maureen Dowd (zitiert in Brady u.a. 2011: 9). Von einer »postracial society« kann also keine Rede sein (Walker 2011: 128).

Zum anderen kann die Agenda der Tea-Party-Befürworter als Strategie zur Verteidigung ihres weißen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats gegen seine Verallgemeinerung, die als unberechtigte Umverteilung gesehen wird, verstanden werden. Die Tea-Party-Befürworter sind nämlich keineswegs kategorisch gegen Regierungsprogramme: Sie unterscheiden zwischen Programmen für hart arbeitende Menschen, welche Unterstützung verdienen (die Tea-Party-Befürworter selbst bzw. ihre Haushaltangehörigen sind zu etwa 50 Prozent Empfänger von Social Security oder Medicare) und Almosen für Menschen, die diese nicht verdienen (Williamson et al. 2011: 32f). Damit stellen sie sich zum Teil klar gegen die Positionen der verschiedenen libertären und marktkonservativen Förderorganisationen (ebd.: 33).

Einerseits liegt hier selbstverständlich ein Missverständnis bezüglich der solidarischen Komponenten von Regierungsprogrammen vor, wie es in der bekannten Aussage »Take your government hands off my Medicare!« (Nehmt Eure Regierungsfinger von meiner öffentlichen Krankenversicherung!) deutlich (Disch 2010). Andererseits ist die Definition davon, wer Unterstützung verdient, kulturell bedingt: Immigranten, vor allem diejenigen ohne Papiere, und auch jüngere Amerikaner gehören nicht ohne weiteres dazu. Zudem hat diese Haltung rassistische Untertöne: Tea-Party-Unterstützer haben negativere Einstellungen bezüglich Minderheiten als andere konservative Republikaner. 25 Prozent glauben, die Regierung Obama bevorzugt Schwarze, dies glauben auch 11 Prozent der Gesamtbevölkerung (Williamson et al. 2011: 33f; Disch 2010; Walker 2011: 126). Schon dem Auftakt der Tea-Party-Bewegung wohnte ein Element von »race« inne. Der CNBC-Journalist Santelli war vor allem wütend darüber, dass die Obama-Regierung erwog, in Not geratene Hausbesitzer zu unterstützen. Diese, zumeist Schwarze und Latinos, betrachtete Santelli als Verlierer, die niemals ein Haus hätten erwerben dürfen. »Die GOP ist zur Stimme weißer Opferlogik geworden (...) ausgedrückt in der Tea Party.« (ebd.) Die Tea-Party-Bewegung ist damit

eine »neue Inkarnation lange bestehender Strömungen im US-Konservatismus«, gegen umverteilende Regierungsausgaben für Leute, welche die Unterstützung angeblich nicht verdienen, wobei deren Definition durch rassistische und ethnische Stereotypen geprägt ist (Williamson et al. 2011: 35ff).

Eine Variante dieser Interpretation stammt von Michael Lind (2011), der die regionale Komponente der Tea-Party-Bewegung betont und sie in den Kontext der traditionellen Angriffe der Weißen in den Südstaaten (das heißt den Staaten der Konföderation) auf die Bundesregierung und die amerikanische Demokratie stellt. Die Medien hätten nur auf die Sprachrohre und Galionsfiguren der Tea Party geschaut, die meist aus dem Mittleren Westen stammen, insbesondere auf Michele Bachmann aus Minnesota. Die vier Staaten aber, aus denen die meisten Tea-Party-Anhänger im Kongress kommen, sind allesamt im alten Süden: Texas (12), Florida (7), Louisiana (5) und Georgia (5). Kalifornien ist zwar an fünfter Stelle (allerdings mit Vertretern aus Orange County, traditionell in Politik und Kultur von den Südstaaten geprägt), dann folgen South Carolina und Tennessee und ein »Grenzstaat« (im Bürgerkrieg), Missouri. Dies, so Lind, ist nichts weiter als die altbekannte *neo-confederate* Südstaaten-Rechte, die den USA ihre wirtschaftliche Dixie-Agenda von niedrigen Steuern und geringen staatlichen Leistungen (ausgenommen das Militär) aufzwingen will.

Möglicherweise schießt Lind hier etwas über das Ziel hinaus – die Agenda des Südens ist seit Jahren sein Thema –, aber es fällt schon auf, dass kein Abgeordneter mit Tea-Party-Hintergrund aus dem Nordosten des Landes stammt und dass es eine große Schnittmenge zwischen dem Tea Party Caucus im Kongress und dem House Immigration Reform Caucus gibt, eben jener Gruppierung von Abgeordneten, die sich jeglicher Einbürgerung von nicht dokumentierten Immigranten verweigert. Viele dieser Abgeordneten sind Kosponsoren des Birthright Citizenship Act, der die Praxis des *Ius Soli* beenden würde.

In einem Aufsatz in *Foreign Affairs*, der vor allem die Konsequenzen des Tea-Party-Phänomens für die amerikanische Außenpolitik diskutiert, verbindet Walter Russell Mead gewissermaßen die beiden bisher vorgestellten Deutungen und stellt die Bewegung in die Kontinuität des Jacksonian Populism. Dieser setzt den »gesunden Menschenverstand« der einfachen Amerikaner gegen die angeblich besser informierten Eliten und bezweifelt,



dass mit Haushaltsdefiziten Wirtschaftswachstum erzeugt wird. Mit diesem Anti-Establishment-Populismus, so Mead, müssen amerikanische Politiker leben, egal ob er progressiv oder konservativ ausfällt. Ohne auf die außenpolitische Diskussion hier weiter eingehen zu können, eröffnet Meads Argument eine historische Perspektive für das Phänomen der Tea Party. In einer solchen Perspektive erscheinen ihm die heutigen Republikanischen Populisten viel liberaler als frühere.

Für den gegenwärtigen anti-elitären Populismus, den Mead beschreibt, gibt es viele Belege: 74 Prozent der Amerikaner glaubten im April 2009, dass Steuererhöhungen der Wirtschaft schaden (dies glauben nur 19 Prozent der politischen Klasse); 59 Prozent glauben, dass der *bailout* der Finanzindustrie schlecht war (Rasmussen/Schoen 2010). Konservative Intellektuelle wie David Frum und David Brooks halten Abstand zur Tea-Party-Bewegung (Harris 2010), aber sie sind in einem Dilemma: Wenn sie den Anti-Intellectualismus scharf kritisieren, werden sie als RINOs (*Republicans-in-name-only*) angesehen, also als Republikaner, die nur dem Namen nach als solche gelten, und als »polite company conservatives« attackiert, als Konservative, die nach Bestätigung durch die »liberal elite« lechzen (ebd.: 12).⁶ Allerdings kennen die Tea-Party-Unterstützer diese Intellektuellen vermutlich überhaupt nicht und die Debatten in der *New York Times* sind ihnen egal. Der Vertrauensverlust der »stillen Mehrheit« gegenüber allen Eliten scheint vollständig (ebd.: 8), die Tea Party sagt: »Wir können uns selbst regieren, [oder zumindest:] (...) Menschen, die schwer zu regieren sind, behalten ihre Freiheit.« (ebd.: 13f) Harris' Analyse macht die Tea Party fast zum Musterbeispiel des American Exceptionalism. Dabei ist der radikale Individualismus der »new Jacobins« der Tea Party (Lilla 2010), das Misstrauen gegenüber allen Institutionen und das erstaunliche Vertrauen in das Individuum zwar eine sehr amerikanische Charaktereigenschaft, die den American Dream evoziert, andererseits ist diese Haltung letztlich extrem naiv und antimodern. Die »*Government, leave me alone*«-Koalition von Grover Norquist ist angesichts der globalen Herausforderungen pure Ideologie. Wie Maureen Dowd (2011) schreibt: »Die Tea-Party-Revolution hat die Republikaner rechts von der Gingrich-Revolution positioniert. Der Unterschied ist existentiell: [...] Gingrich

[und auch Reagan] wollten eine schlankere Regierung, aber sie glaubten noch an Regierung«.

Alle drei hier diskutierten Perspektiven – die Analysen Linds, Meads und Harris' – können über die Tea-Party-Bewegung Aufschluss geben. Wird diese Bewegung die amerikanische Demokratie über den anti-elitären Protest von (weißen) Durchschnittsamerikanern, die Angst vor der ethnischen Veränderung der USA haben, in eine fundamentale Krise stürzen?

4. Tea Party Democrats und die Krise der amerikanischen Demokratie

Die vorläufige Lösung der Haushaltskrise der USA im August 2011 zeigt, dass die Grundlinien der amerikanischen Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Republikanischen Hegemonie unterliegen. Es sind die Republikaner, welche die Grenzen des Denk- und Machbaren vorgeben, in diesem Fall zugunsten von Ausgabenkürzungen und zulasten von Einnahmeerhöhungen, sprich Steuern. Dies bedeutet aber nicht, dass die USA eine »right nation«, eine rechtskonservative Nation sind (Micklethwait/Wooldridge 2005), denn gesellschaftlich und kulturell sind die USA in der Tat liberaler geworden (Fiorina 2005). Die Akzeptanz beispielsweise für Homosexualität ist deutlich gestiegen. Dass die These einer gesellschaftlichen Polarisierung (»Two Americas«, Greenberg 2004) plausibel erscheint, hat einerseits mit der Entschlossenheit und Lautstärke der antimodernistischen, sozialkonservativ-evangelikalen Bewegung zu tun und andererseits mit dem Verhalten der Republikaner im Kongress, die nicht nur zunehmend wie parlamentarische Fraktionen agieren, sondern angesichts konservativer Herausforderungen in den Vorwahlen auch nach rechts gerückt sind (Mann/Ornstein 2006). Die Demokraten dagegen sind – anders als vielfach behauptet – keineswegs nach links geschwenkt, sondern haben sich eher in die Mitte bewegt (ebd.).

Die USA bleiben trotz dieses Rechtsrucks eine »konservative Demokratie«, das heißt, ihre politischen Institutionen erschweren weiterhin grundlegenden Wandel. Ein solcher Wandel ist aber keineswegs unmöglich, und es sind die Republikaner, die jenseits einer reinen Ausrichtung auf Wahlsiege strategisch operiert haben und Weichenstellungen vornehmen konnten. Sie haben dafür seit den späten 1960er Jahren eine Infrastruktur von Think Tanks, Stiftungen und Medien aufgebaut, mit der

6. Harris übersieht hier allerdings, dass es eine solche progressive (»liberal«) Hegemonie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr gibt (siehe unten).



eine Kampagne gegen die Institutionen und Maßnahmen der Great Society, des New Deal und zuletzt auch des Progressivismus geführt wurde und wird. Die Rolle des Staates und insbesondere der Bundesregierung soll massiv begrenzt werden. Versucht wird eine Rückkehr zum Staatsverständnis des 19. Jahrhunderts. Ergebnis dieser Strategie ist eine Republikanische Hegemonie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dort finden politische Auseinandersetzungen seit Jahrzehnten auf dem diskursiven Terrain der Republikaner statt (vgl. Greven 2004). Diese Hegemonie findet ihren Rückhalt darin, dass auch in Demokratischen Regierungsphasen, und selbst wenn das Weiße Haus und der Kongress in einer Hand waren, eher Republikanische Politikinhalte umgesetzt wurden. Jenseits einer Verteidigung von New-Deal- und Great-Society-Institutionen wurde kaum eine Demokratische Vision entwickelt. Unter Jimmy Carter begann die Deregulierung der amerikanischen Wirtschaft, während eine Arbeitsrechtsreform misslang. Unter Bill Clinton wurde die Sozialpolitik verschärft und entsolidarisiert, während die Gesundheitsreform scheiterte. Schließlich gelang Barack Obama zwar (vorläufig) eine Reform des Gesundheitssystems, die aber eine Blaupause ist: Sie wurde von der Heritage Foundation entwickelt und zuerst vom Republikanischen Gouverneur Mitt Romney in Massachusetts umgesetzt (Lizza 2011).

Mit dem Kompromiss zur Erhöhung der Schuldenobergrenze haben die Demokraten um Obama nun auch die Prinzipien keynesianischer Wirtschaftspolitik aufgegeben und es fehlt nicht mehr viel, dass auch sie sich zu Verfechtern ausgeglichener Haushalte aufschwingen. Über Steuern kann in den USA ohnehin schon seit Jahrzehnten nur noch im Zusammenhang mit ihrer Senkung politisch erfolgreich gesprochen werden. Präsident Obama, der begabte Redner, hat nicht einmal versucht, die Diskussion über die Rolle des (Bundes-)Staates neu und grundsätzlich zu führen, obwohl die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 dafür Gelegenheit bot.⁷ Trotz ihrer kulturell verankerten Staatsskepsis waren die Amerikaner nämlich durchaus offen für eine Kritik der Institutionen und Akteure der freien Marktwirtschaft. Die engen Beziehungen der Demokraten zur Wall Street und zu anderen Wirt-

schaftsakteuren haben dieser Kritik einen Riegel vorgeschoben. Die Finanzakteure selbst durften die Parameter der Krisenlösung vorgeben (Scherrer 2008). Wie wenig geschlossen die Demokraten sind beziehungsweise wie schwach ihr im europäischen Sinne sozialdemokratischer Flügel, kann auch daran abgelesen werden, dass es kaum einen Versuch gibt, konservative Demokraten zu verdrängen. Während das Republikanische Fußvolk in den Vorwahlen Jagd auf sogenannte RINOs macht, gibt es vergleichbare Aktionen gegen die vielen DINOs nicht.

Für die Republikaner besteht dennoch die Gefahr einer Überdehnung ihrer gesellschaftlichen Hegemonie, denn die Amerikaner haben durchaus widersprüchliche Ansichten bezüglich staatlicher Programme, deren Empfänger sie ja auch sind oder sein werden (s. o.). Auch hinsichtlich der Kompromissbereitschaft, welche die Tea-Party-Vertreter im Kongress oft vermissen ließen, haben ihre Unterstützer im Land durchaus andere Positionen: 66 Prozent wollten Mitte Juli, dass die Republikaner Kompromisse eingehen, nur 31 Prozent wollten das nicht (CBS-News-Umfrage). Ähnliches gilt für die Frage nach Steuererhöhungen: 53 Prozent der Tea-Party-Unterstützer bevorzugten eine Mischung aus Ausgabenkürzungen und Steuern, 45 Prozent wollten ausschließlich Kürzungen (Zernike 2011).

Die Repräsentanten der Tea Party im Kongress trauen aber diesen Umfragen bisher nicht und attackieren kompromisslos alle Regierungsprogramme, auch aus Angst vor Herausforderungen durch noch konservativere Kandidaten in den Vorwahlen 2012. Nun sind sie vermutlich trunken von ihrem Erfolg, weil sie die politische Diskussion so beherrscht und verändert haben, und nicht zuletzt, weil sich auch die Republikanischen Präsidentschaftskandidaten, darunter auch der Favorit Mitt Romney, ihrem Kurs angeschlossen haben (Schnur 2011). Höhere Steuern sind möglicherweise vollständig aus der Debatte genommen; der Präsident scheint neutralisiert (Dowd 2011). Aber: Hochmut kommt vor dem Fall: Es ist unklar, wer die Schuld bekäme, wenn die nun selbst verordnete Haushalts- und Spardisziplin die wirtschaftliche Krise verschärft (wie von beinahe allen Ökonomen vorausgesagt).

Kommt es nicht zu einer großen Wirtschaftskrise, wird dann der Extremismus der Tea-Party-Bewegung in anderer Weise dauerhaften Schaden für die amerikanische Demokratie anrichten oder wird er von den regelmäßigen

7. Nach dem Kompromiss zur Schuldenobergrenze gab es eine lebhafte Debatte über die Möglichkeiten des Präsidenten, Bevölkerung und Opposition mit leidenschaftlich vorgetragenen Argumenten zu überzeugen (das heißt mit seiner »power of persuasion«, wie Richard Neustadt das genannt hat). Progressive Autoren wie Drew Westen zeigten sich enttäuscht von Obamas Hang zum Ausgleich, andere, wie Jonathan Chait in der *New Republic*, lobten seinen Pragmatismus und nannten das progressive Argument eine »liberal fantasy« (Zakaria 2011).



Korrekturmechanismen der amerikanischen Demokratie – von Wahlen, Gerichtsurteilen und sozialen (Gegen-) Bewegungen – wieder eingefangen?

Einige der radikaleren Forderungen der Tea-Party-Vertreter im Kongress werden sich vermutlich durch die Routinen des politischen Alltags und die Anforderungen der Wiederwahl abschwächen. Die beiden großen amerikanischen Parteien werden mit gutem Grund *big tents* genannt, große Zelte. Sie haben wirkmächtige Minderheitenströmungen immer wieder aufsaugen und integrieren können. Es ist durchaus möglich, dass dies der GOP am Ende gelingt. Wesentliche Teile der Agenda der Tea Party sind ohnehin Kernbestandteil Republikanischer Politik, nur war die fiskalische Verantwortung in den Bush-Jahren völlig vernachlässigt worden. Insofern kann die Tea-Party-Bewegung auch als innerrepublikanisches Korrektiv verstanden werden.

Die Republikaner werden sich aber sicherlich unter dem Eindruck dieser Herausforderung und der Wählerdemografie verändern. Die Angst vieler Weißen davor, dass ihnen »das Land weggenommen wird«, wird durch einen demografischen Trend befeuert, der die Weißen tatsächlich zu einer von vielen Minderheiten im Land machen könnte – was an immer mehr Orten konkret sicht- und fühlbar wird. Diese »weiße Angst« wird insbesondere von der Tea-Party-Bewegung konsequent instrumentalisiert. Machen sich die Republikaner dies wie in der Vergangenheit zu eigen, droht die GOP vollständig zur »Partei der Weißen« zu werden. Denn wenn es der GOP durch die Tea-Party-Bewegung gelänge, auch die in der demokratischen Koalition verbliebenen Teile der weißen Unter- und Mittelschichten zu sich zu locken, könnten sich Tea Party Democrats bilden. Diese könnten dann beständiger sein als die schon einmal auf der politischen Bühne erschienenen Reagan Democrats. Kurzfristig könnte eine zur Interessenvertretung der weißen Amerikaner mutierte GOP stärker als je zuvor von den spezifischen institutionellen Arrangements des Landes profitieren; schließlich geben diese den bevölkerungsarmen (und weiterhin von Weißen dominierten) Staaten sowohl im Senat als auch bei der Präsidentschaftswahl ein besonderes Gewicht. Dazu könnten die Republikaner von zunehmend umkämpften Beziehungen zwischen den Ethnien sogar profitieren, indem sie etwa Asiaten als Vorbildminderheit konstruieren (Walker 2011: 128f).

Langfristig wäre eine möglicherweise exklusiv »weiße« Radikalisierung der Republikaner eine Tragödie für die Vereinigten Staaten. Die nähere Zukunft der amerikanischen Politik wird also vor allem zu einem Kampf um die weißen Wähler der unteren und mittleren Schichten. Die anderen Wählergruppen werden das Demokratische Lager vermutlich nicht verlassen (Browne u. a. 2010). Die weißen Wähler sind offensichtlich für Populismus, Nativismus und Rassismus ansprechbar, aber eben durchaus auch für *working-class politics*, für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu ihren Gunsten. Dies ist eine gewaltige Herausforderung für die immer schwächeren amerikanischen Gewerkschaften und für die desillusionierten Obama-Demokraten – es fragt sich nur, ob sie sich ihr überhaupt stellen wollen.



Literatur

- Abramowitz, Alan I.** (2010): *Grand Old Tea Party: Partisan Polarization and the Rise of the Tea Party Movement*. Paper prepared for delivery at the Conference on the Tea Party Movement, University of California at Berkeley, 22. Oktober.
- Altegör, Tim/Johannes Thimm** (2010): *Amerikas außerparlamentarische Opposition. Über die Hintergründe und Auswirkungen der Tea-Party-Bewegung in den USA*. SWP-Aktuell 50. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Bedard, Paul** (2010): *Poll: Tea Party Amped up by Fox, Glenn Beck*. USNEWS.com; <http://politics.usnews.com/news/washington-whispers/articles/2010/07/19/poll-tea-partyamped-up-by-fox-glenn-beck.html> (aufgerufen am 19.7.2011).
- Berlet, Chip** (2010): *Reframing Resentments in the Tea Party Movement. How Right-Wing Populists use Demonization, Scapegoating, & Conspiracy Theories to Justify Apocalyptic Aggression*. Paper prepared for delivery at the Conference on the Tea Party Movement. University of California at Berkeley, 22. Oktober.
- Brady, David W./Morris P. Fiorina/R. Douglas Rivers** (2011): The Road to (and from) the 2010 Elections, in: *Policy Review*, February-March, S. 3–14.
- Brown, Lara M.** (2011): Democracy Can Be Messy, in: *The New York Times*; <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2011/08/01/in-debt-talks-did-the-tea-party-win/democracy-can-be-messy> (aufgerufen am 1.8.2011).
- Browne, Matt/John Halpin/Ruy Teixeira** (2010): The American Democratic Party at a Crossroads, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4, S. 144–166.
- Bungarten, Pia** (2011): *Jahresbericht (unveröffentlicht)*. Washington, DC: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Burghart, Devin/Leonard Zeskind** (2010): *Tea Party Nationalism: A Critical Examination of the Tea Party Movement and the Size, Scope, and Focus of Its National Factions*. Paper prepared for delivery at the Conference on the Tea Party Movement. University of California at Berkeley, 22. Oktober.
- Cohen, Martin** (2010): *The Future of the Tea Party: Scoring an Invitation to the Republican Party*. Paper prepared for delivery at the Conference on the Tea Party Movement. University of California at Berkeley, 22. Oktober.
- Coursey, Zachary** (2010): The Tea Party at the Election, in: *The Forum*, Volume 8, Issue 4, Article 5; <http://www.bepress.com/forum/vol8/iss4/art5> (aufgerufen am 3.10.2011).
- Dionne, E. J.** (2010): Can Obama find his morning in America, in: *The Washington Post*, 13. Dezember.
- Disch, Lisa** (2010): *Tea Party Movement: The American »Precariat«?* Paper prepared for delivery at the Conference on the Tea Party Movement, University of California at Berkeley, 22. Oktober.
- Dowd, Maureen** (2011): Tempest in a Tea Party, in: *The New York Times*; <http://www.nytimes.com/2011/07/31/opinion/sunday/dowd-tempest-in-a-tea-party.html> (aufgerufen am 2.8.2011).
- Fiorina, Morris P.** (with Samuel J. Adams and Jeremy C. Pope) (2005): *Culture War? The Myth of a Polarized America*. New York: Pearson Longman.
- Greenberg, Stanley B.** (2004): *The Two Americas. Our Current Political Deadlock and How to Break It*. New York: Thomas Dunne Books/St. Martin's Press.
- Greven, Thomas** (2004): *Die Republikaner. Anatomie einer amerikanischen Partei*. München: C. H. Beck.
- Harris, Lee** (2010): The Tea Party vs. the Intellectuals, in: *Policy Review*, June-July, S. 3–14.
- Hofstadter, Richard** (1964): *The Paranoid Style in American Politics*, in: *Harper's Magazine*, November 1964, S. 77–86.
- Lepore, Jill** (2010): *The Whites of Their Eyes. The Tea Party's Revolution and the Battle over American History*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Lilla, Mark** (2010): The Tea Party Jacobins, in: *The New York Review of Books*, 27. Mai.
- Lind, Michael** (2011): *The Tea Party, the debt ceiling, and white Southern Extremism*, Salon.com; http://www.salon.com/news/politics/war_room/2011/08/02/lind_tea_party (aufgerufen am 2.8.2011).
- Lizza, Ryan** (2011): Romney's Dilemma. How his greatest achievement has become his biggest liability, in: *The New Yorker*, 6. Juni, S. 38ff.
- Mann, Thomas E./Norman J. Ornstein** (2006): *The Broken Branch. How Congress is Failing America and How to Get it Back on Track*. Oxford: Oxford University Press.
- Mayer, Jane** (2010): The billionaire brothers who are waging a war against Obama, in: *The New Yorker*, 30. August.
- McGrath, Ben** (2010): The Movement: The rise of Tea Party Activism, in: *The New Yorker*, 1. Februar.
- Mead, Walter Russell** (2011): The Tea Party and American Foreign Policy: What Populism Means for Globalism, in: *Foreign Affairs*, Vol. 90(2), S. 28–33.
- Micklethwait, John/Adrian Wooldridge** (2005): *The Right Nation. Conservative Power in America*. New York: Penguin Press.
- Nocera, Joe** (2011): Tea Party's War on America, in: *The New York Times*; <http://www.nytimes.com/2011/08/02/opinion/the-tea-partys-war-on-america.html> (aufgerufen am 1.8.2011).
- O'Rourke, P. J.** (2010): Innocence Abroad. The Tea Party's Search for Foreign Policy, in: *World Affairs*, 173(3), S. 5–10.
- Rasmus, Jack** (2011): The Trillion-Dollar Debt Ceiling Deal: Class Warfare in Action, in: *In These Times*; http://www.inthesetimes.com/working/entry/11769/the_1_trillion_debt_ceiling_debt/ (aufgerufen am 1.8.2011).
- Rasmussen, Scott/Douglas Schoen** (2010): *Mad as Hell. How the Tea Party Movement is Fundamentally Remaking Our Two-Party System*. New York: HarperCollins.
- Scherrer, Christoph** (2008): Bleibt das US-Finanzkapital trotz Krise hegemonial?, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 38 (4, Heft 153), S. 535–559.



Literatur

Schnur, Dan (2011): Now They've Got Romney, in: *The New York Times*; <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2011/08/01/in-debt-talks-did-the-tea-party-win/now-the-tea-party-has-romney> (aufgerufen am 1.8.2011).

Waldman, Paul (2010): Tea Party Standard, in: *The American Prospect*; http://www.prospect.org/cs/articles?article=tea_party_standard (aufgerufen am 21.9.2011).

Walker, Clarence E. (2011): »We're losing our country«: Barack Obama, Race and the Tea Party, in: *Daedalus*, Winter, S. 125–130.

Weigel, David (2010): Tea Party Poopers. How the left press helped create a conservative monster, in: *Columbia Journalism Review*, September-October.

Williamson, Vanessa/Theda Skocpol/John Coggin (2011): The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism, in: *Perspectives on Politics*, Vol. 9, Nr. 1, S. 25–43.

Zakaria, Fareed (2011): The Pragmatic President, in: *Time*, 22. August, S. 14.

Zernike, Kate (2011): That Monolithic Tea Party Just Wasn't There, in: *The New York Times*; http://www.nytimes.com/2011/08/02/us/politics/02teaparty.html?_r=1&scp=1&sq=That%20Monolithic%20Tea%20Party%20Just%20Wasn%E2%80%99t%20There&st=cse (aufgerufen am 1.8.2011).



Über den Autor

Priv.-Doz. Dr. Thomas Greven unterrichtet Politikwissenschaft am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin und Labor Studies an der Global Labour University (Kassel und Berlin). Er ist Senior Research Fellow des Instituts für Internationale Politik, Berlin, und selbstständiger Politikberater. Seine Forschungsinteressen sind amerikanische Innen- und Außenpolitik, Globalisierung und Entwicklung sowie Gewerkschaftspolitik.

Imprint

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249

Email: ID-INFO-WENA@fes.de

www.fesdc.org | <http://www.fesdc.org>

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005
Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org | <http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Sichtweisen entsprechen nicht zwangsläufig denen der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisation, für die der Autor tätig ist.